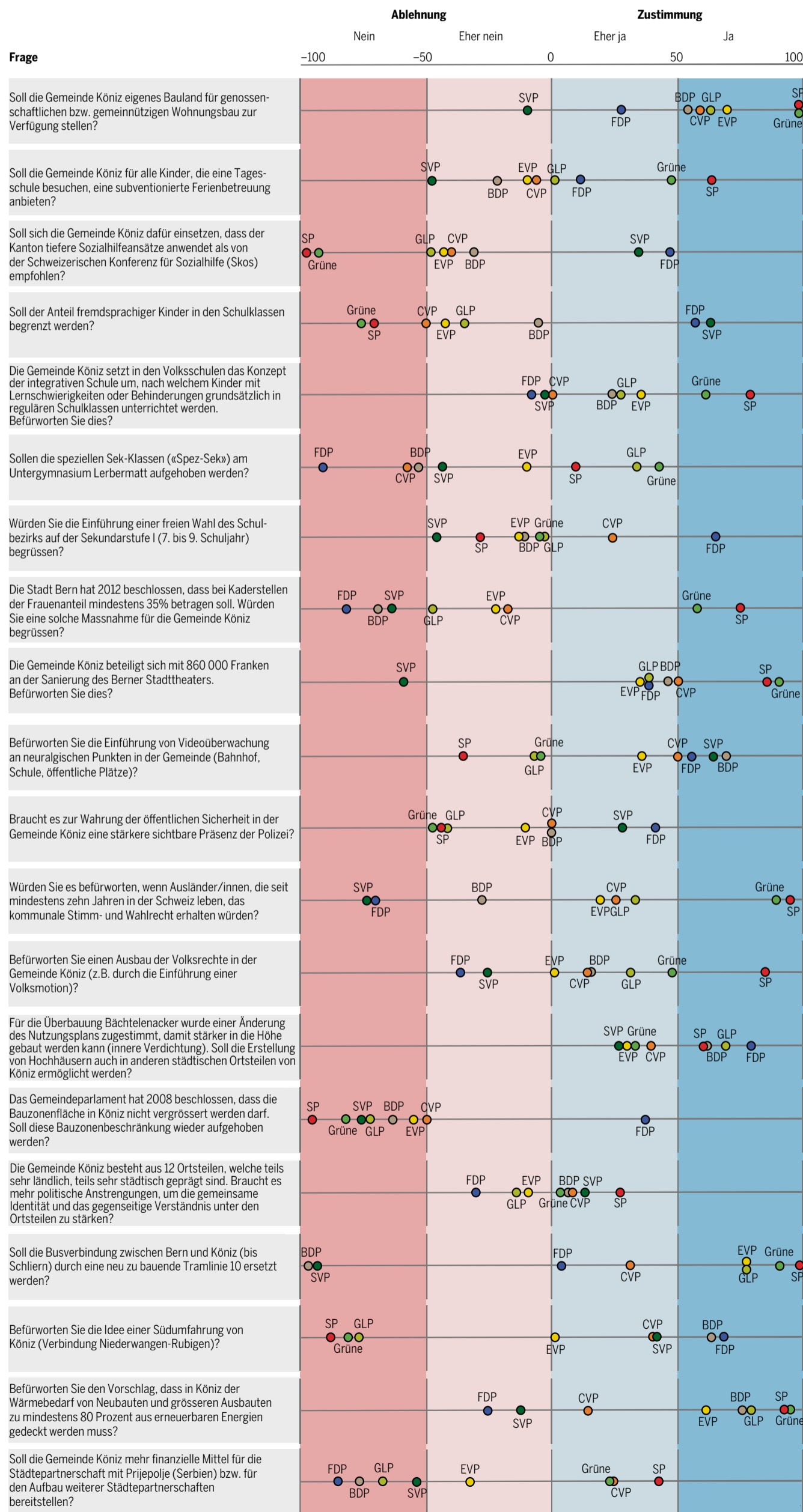


Bern

Die Könizer Parteien geben sich fortschrittlich

Alle Könizer Parteien wollen die Verdichtung vorantreiben. Das geht aus einer Smartvote-Analyse hervor. Bei anderen Themen wie Tram oder Einwanderung zeigt sich das klassische Links-rechts-Schema.

Die Positionen der Könizer Parteien zu 20 ausgewählten Fragen



Die meisten Kandidierenden für das Könizer Parlament haben ein Smartvote-Profil erstellt und dafür 55 Fragen beantwortet. Die Parteipositionen ergeben sich aus dem Durchschnitt der Antworten. Die Antwort «Nein» entspricht dem Wert -100, «Eher Nein» -50, «Eher Ja» 50 und «Ja» 100. Das bedeutet: Kommt ein Punkt beim Wert 100 zu liegen, haben alle Kandidierenden die Frage mit Ja beantwortet. Je weiter Richtung -100 er sich verschiebt, desto mehr haben etwas anderes als Ja gewählt.

Bund-Grafik apa/Quelle: www.smartvote.ch

Kampf um Macht und Einfluss spitzt sich zu

Die bernische Regierung stellt sich gegen die drohende Einflusszunahme durch den Grossen Rat.

Es war absehbar: Der Regierungsrat bockt. Und dies früher als erwartet. Noch bevor das Parlament die Sache beraten wird, teilte die Kantonsregierung gestern mit, dass sie von einem Verordnungs veto nichts wissen wolle. Sie lehnt die parlamentarische Initiative einer Grossratskommission ab, die in der Kantonsverfassung ein mögliches Vetorecht verankern will. Demnach könnte der Grosse Rat Verordnungen blockieren. Für Verordnungen ist - im Gegensatz zu Gesetzen - einzig die Regierung zuständig (vgl. «Bund» vom 28. Oktober). Die zentrale Funktion einer Verordnung, komplexe Probleme rasch zu regeln, würde durch ein Parlamentsveto beeinträchtigt, schreibt die Regierung in einer Mitteilung. Wenn der Grosse Rat das Vetorecht ausüben wollte, müsste er zudem unzählige Verordnungen und Verordnungsänderungen auf ihre Rechtmässigkeit überprüfen. Der Regierungsrat verweist auch auf den Bund, der kürzlich beschlossen hat, auf ein solches Veto zu verzichten. Als einziger Kanton kenne Solothurn das Verordnungs veto.

Auch Ausgabenhoheit tangiert

Das Verordnungs veto gehört zu mehreren Vorschlägen einer Grossratskommission, die bereits eine Revision des Grossratsgesetzes ins und durchs Kantonsparlament gebracht hat. Zu den weiteren Vorschlägen für eine Änderung der Kantonsverfassung gehört, dass der Grosse Rat für sogenannte gebundene Ausgaben ab einer bestimmten Höhe in jedem Fall zuständig ist. Auch diesen Vorschlag lehnt die Regierung ab. Er stehe im Widerspruch zur Parlamentsrechtsrevision, welche den Begriff der gebundenen Ausgabe neu definiert. Dort stehe nämlich, dass eine Ausgabe nur noch dann gebunden sei, wenn die Behörde keinen Entscheidungsspielraum mehr habe. Weiter schlägt die Kommission vor, die Grenzen für das fakultative Finanzreferendum von heute 2 Millionen Franken für einmalige Ausgaben und 400 000 Franken für wiederkehrende Ausgaben zu verdoppeln. Auch dagegen ist die Regierung: Für sie wäre es «ein problematisches politisches Signal, wenn eine Verfassungsänderung, die das Parlament stärken will, gleichzeitig die Volksrechte einschränkt».

Ohnehin findet die Regierung, dass zuerst die Auswirkungen der vom Grosse Rat verabschiedeten Parlamentsrechtsrevision abgewartet werden sollten. Die angedachte Verfassungsrevision werfe «grundlegende Fragen der Gewaltenteilung» auf. (sda)

Gewerbeschau mit Walliser Gastregion

In Münchenbuchsee ist gestern die Gewerbeausstellung Müga eröffnet worden. Bis morgen präsentieren sich 77 Aussteller auf dem Gelände des Sportplatzes Schöneegg (www.muega.ch). Das Motto der Ausstellung ist «sehen und gesehen werden». Neben den zahlreichen Ständen gehören laut Veranstalter das kulinarische Angebot, die Modeschau, die Blaulichtorganisationen und ein musikalisches Rahmenprogramm zu den Attraktionen. Als Gastregion ist der Walliser Ferienort Grächen in Münchenbuchsee vertreten. (pd)

Anzeige

DER SCHLÜSSEL ZU EINEM AUFREGENDEN LEBEN.

DAS ABSOLUTE GEGENTEIL VON GEWÖHNLICH
DER NEUE MASERATI GHIBLI. AB CHF 73'550.-
MASERATI.CH

AUTOMOBILE NÉMETH
BERNSTRASSE 109-111, 3032 HINTERKAPPELEN,
TELEFON 031 909 25 25, INFO@NEMETH.CH,
WWW.NEMETH.CH

Adrian M. Moser

Welche Partei muss ich wählen, wenn ich will, dass für Kaderstellen in der Könizer Gemeindeverwaltung eine Frauenquote eingeführt wird? Welche darf ich nicht wählen, wenn ich will, dass das Bauzonenmoratorium in Kraft bleibt? Eine Smartvote-Analyse zu den Kandidierenden für das Könizer Gemeindeparlament liefert Antworten auf diese und weitere Fragen.

Eines ist besonders auffällig: Bei einigen «progressiven» Themen herrscht unter den Kandidierenden weitgehende Einigkeit. So befürworten alle Parteien den Bau von Hochhäusern, um die innere Verdichtung voranzutreiben. Bei der Frage, ob die Gemeinde Land für gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung stellen soll, positioniert sich einzig die SVP leicht im Nein-Bereich. Das Bauzonenmoratorium wollen alle Parteien beibehalten - ausser die FDP, die sich deutlich für eine Aufhebung ausspricht.

Wahlen in Köniz 24. November 2013

www.koeniz.derbund.ch

Beim Beitrag an die Sanierung des Berner Stadttheaters ist die SVP die einzige Partei, die dagegen ist, während sich alle anderen deutlich dafür aussprechen.

Bei anderen Themen zeigt sich das klassische Links-rechts-Schema: BDP und SVP lehnen das neue Tram nach Schliern klar ab, während Grüne und SP deutlich zustimmen. Für eine Begrenzung des Anteils fremdsprachiger Kinder in den Schulklassen sprechen sich SVP und FDP aus, die anderen Parteien sind mehr oder weniger deutlich dagegen. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Frage, ob für das Kader in der Gemeindeverwaltung, wie in der Stadt Bern, eine Frauenquote von 35 Prozent vorgeschrieben werden soll. Das wollen nur die Kandidierenden von Grünen und SP, alle anderen sind im Durchschnitt dagegen.

Graben zwischen SVP und FDP

Die drei Bündnisse erscheinen mit Blick auf die vorliegende Grafik unterschiedlich logisch. SP und Grüne, die ihre Listen verbunden haben, positionieren sich in allen Fragen ähnlich bis identisch. Wer eine von diesen Parteien wählt und damit auch die andere unterstützt, kann davon ausgehen, dass auch deren Positionen in seinem Sinne sind. Anders bei SVP und FDP, die ebenfalls ein Bündnis bilden: Sie beantworten die Fragen teils sehr unterschiedlich. In zwei Fragen bilden ihre Positionen gar die Extreme des Meinungsspektrums.

CVP, EVP und GLP, die Mitglieder des Mittebündnisses, sind sich in vielen Fragen einig. Die GLP hat sich im Hinblick auf die kommenden Wahlen von Rot-Grün abgewendet und sich EVP und CVP angeschlossen. Dies erscheint mit Blick auf die vorliegende Analyse sinnvoll. Allerdings wendet sich die GLP in Fragen aus verschiedenen Bereichen von ihren Bündnispartnern ab. Am Auffälligsten ist dies bei den Fragen zur Sicherheit (Videoüberwachung und Polizeipräsenz). Hier ist die GLP zusammen mit SP und Grünen der Meinung, es brauche keine Videoüberwachung und keine stärkere Polizeipräsenz. Flatterhaft präsentiert sich die BDP: mal zusammen mit der SVP gegen das Tram, mal mit den Grünen für Erneuerbare Energien, mal mit der Mitte nicht für und nicht gegen mehr Polizeipräsenz. So gesehen leuchtet der Alleingang ein.

Bemerkenswert ist zum Schluss Folgendes: Die Punkte der Mitteparteien, inklusive GLP und BDP, kommen in dieser Auswertung oft in der Mitte der Grafik zu liegen, die Punkte der anderen häufig am Rand. Daraus kann aber nicht gelesen werden, die Mitteparteien seien gemässigt und die anderen nicht, sondern vielmehr, dass sich die Kandidierenden der Mitteparteien öfter nicht einig sind als die der anderen.